

Antragsbereich E / Antrag 5*Jusos Bayern**Empfänger:**Bundestagsfraktion**Landesparteitag**S&D-Fraktion im EP**SPE-Kongress*

E5: Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!
(Annahme)

Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkommen und Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftsländern zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir Jusos unsere Kritik an den Freihandelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern dieselben Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen Staaten anzulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer Länder basiert. Konkret fordern wir, ähnlich wie bei TTIP, auch für die zukünftigen EPA-Verträge (Economic Partnership Agreement) „Rote Linien“. Diese sollen eine faire, nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Handelsabkommen zum Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten Entwicklungsländer gehen. Im Wesentlichen sollen diese „Roten Linien“ folgende Punkte berücksichtigen:

- Das Prinzip der Nicht-Reziprozität (Nicht-Gegenseitigkeit), sodass tarifäre Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das Allgemeine Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit positiven Anreizen.
- Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Land zu ermöglichen.
- Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie im Bereich der Dienstleistungen.
- Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen: keine Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.
- Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs); Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization); Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur; ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise als Leitlinie

Ungleichheit kommt nicht von ungefähr! Nein, sie ist gemacht durch das kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System. So ist wirtschaftliche Ungleichheit oft auch ein Fluchtgrund der Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Diese Fluchtursache ist von uns beeinflussbar, denn wirtschaftliche Fluchtgründe sind unter anderem politisch verursacht.

30

Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel. Nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften ist für uns der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus. Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

35

40

Für eine solidarische Handelspolitik

Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa, Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird. Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. Die von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden. Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen, stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen. Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale Belange von Arbeitnehmer*innen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

45

50

55

60

65

70

Für eine gerechte Handelspolitik

Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern
75 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der Handelspartner*innen. Eine gerechte
Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der Repro-
duktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden Handelskonzeptes,
das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards festschreibt und klare Ziele
formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren Namen verdient, muss in
80 der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen mitzudenken. Dafür müssen
folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen Gesamtkonzeptes darstellen:

a) Sozialverträgliche Handelspolitik

85 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann
an dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen
sowohl in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.
90 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten zuneh-
mend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher Infrastruktur
und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von Arbeitnehmer*innenrechten.
Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in Armut leben oder von
95 dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen Weltwirtschaft darf
nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen werden. Vielmehr sind
Anreizmodelle (z. B in Form von Einfuhrerleichterungen) zu implementieren, um internationale
Arbeitnehmer*innenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es zu fragen, an welchen Stellen
100 ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen innerhalb eines Landes schadet
und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige Transformationsprozesse sozialverträglich zu
gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten
Zusammenarbeit zwischen den Handel treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwick-
lungspolitische Aspekt muss innerhalb dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik
sein. Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr,
105 Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt wer-
den. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden öffentlichen
Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an, diese Güter per
globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n Anbieter*in zu vergeben. Gerechter
Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche Daseinsvorsorge mindestens
110 unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung positiver Standards sein.

b) Feministische Handelspolitik

115 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der Geschlechtergerechtig-
keit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre Ignoranz gegenüber Gender
Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller Entscheidungen machen. Der neo-
liberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen Arbeitslosigkeit
und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen in besonderem Maße von diesem
120 Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten Arbeit, in erster Linie
in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind Armutsverhältnisse bei ihnen
weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser Situation entgegenzuwirken muss
die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der handelspolitischen Ziele werden.
Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik. Die
Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft neue
125 Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und Entwicklungspolitik
zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur, insbesondere in den
Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der Privatisierung medizinischer
Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen

130 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und Um-
weltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen
von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro ökologische
135 Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und konkrete Ziele
benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch heute finden
Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt sieht man erste
Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell entwickelten Länder leiden
unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie Dürren bedrohen das Leben
140 tausender Menschen. Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und
Umwelt berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen
Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und
konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen Auswirkun-
145 gen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur eine solche
Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden kann

d) Friedensorientierte Handelspolitik

150 Wir wollen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von Handelsin-
teressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als explizite Zielgröße
aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Mit den sogenannten „Roten Linien“ hat

die SPD versucht klare Spielregeln für die Weiterführung der TTIP-Verhandlung festzulegen. Je-
ne sollten eine faire und sozialverträgliche Gestaltung des transatlantischen Freihandels ermög-
155 lichen. Überlegungen solche Regeln auch auf andere Handelsabkommen auszudehnen, vor allem
auf AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), gab es bisher nicht. Aber durch genau diese Handels-
abkommen trägt die EU massiv zu den Ursachen für Wirtschaftsflüchtlinge bei. Die SPD steht
in einer langen Tradition zum Schutz der Schwächeren und der Schwächsten. Wir dürfen nicht
kommentarlos zuschauen während Länder, die in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung
160 sind, zu neoliberalen Wirtschaftsverträgen gezwungen werden nach den Bedingungen und Wün-
schen